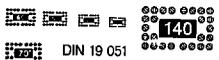


Ollenhammer

1953

Für Geistesfreiheit und Demokratie in Deutschland



DIN 19 051

C 00-03511

**FÜR GEISTESFREIHEIT
UND DEMOKRATIE
IN DEUTSCHLAND**

**FÜR EIN FREIES GESAMTDEUTSCHLAND
IN DEN VEREINigten NATIONEN**



C 00-03511

IN EINER FAST ZWEISTÜNDIGEN REDE
*nahm der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands, Erich Ollenhauer, am Mittwoch, dem 28.
Oktober 1953, vor dem Plenum des Bundestages zu der
Regierungserklärung des Bundeskanzlers Stellung. Bei
vollbesetztem Haus umriß Ollenhauer sachlich und
kritisch den Standpunkt der Opposition zu allen innen-
und außenpolitischen Fragen. Wir geben nachstehend
den vollen Wortlaut der mit starkem Beifall auf-
genommenen Rede wieder.*

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, 11. 53

Druck: Hannoversche Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Hannover.



Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion bedauert, daß die Mehrheit dieses Hauses in dieser Diskussion, der ersten großen politischen Diskussion im zweiten Bundestag, die Fortsetzung der guten Übung abgelehnt hat, nach dem Bundeskanzler zuerst die Opposition zu Wort kommen zu lassen und dann in eine wirkliche Debatte des Parlaments einzutreten. (Sehr gut! bei der SPD.) Ich werde mich heute morgen in meiner Rede nur mit der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers beschäftigen, und meine Fraktion behält sich vor, auf die Ausführungen des Herrn Kollegen von Brentano im weiteren Verlauf dieser Debatte einzugehen.

Demokratisch denken und handeln

Nach unserem Grundgesetz liegt die letzte Entscheidung über die politische Führung der Bundesrepublik beim Volke selbst. Die Wahlen vom 6. September zum zweiten Deutschen Bundestag waren eine solche Entscheidung. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion respektiert diese Entscheidung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, wie sie auch durch die erneute Wahl Dr. Adenauers zum Bundeskanzler durch die Mehrheit dieses Hauses ihren Ausdruck gefunden haben.

Diese Feststellung schließt keine Billigung der Wahlkampfmethoden der Koalitionsparteien und des Herrn Bundeskanzlers

gegenüber der Sozialdemokratie ein. (Zustimmung bei der SPD.) Es bleibt auf diesem Gebiet noch einiges zu bereinigen; aber das wird an anderer Stelle geschehen.

Das Wahlergebnis vom 6. September ist so bemerkenswert und in seinem Erfolg für die Partei des Herrn Bundeskanzlers so außergewöhnlich, daß eine sorgfältige Untersuchung für alle Beteiligten — Koalition und Opposition — von großem Nutzen sein wird. (Sehr gut! bei der CDU.) Ich halte es daher auch nicht für richtig, meine Damen und Herren, voreilig Schlüsse zu ziehen und Behauptungen aufzustellen, die bei einer genauen Nachprüfung der Unterlagen nicht standhalten.

Die Jungwähler wählten sozialdemokratisch

Das gilt z. B. für die Frage der Entscheidung der Jungwähler zwischen 21 und 29 Jahren. Wir haben in verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik nach Altersgruppen getrennte Abstimmungen gehabt. Es liegen noch nicht alle Auswertungen dieser Abstimmungen vor; aber z. B. die Resultate in Hessen, in Bremen und Oberhausen, um nur einige zu nennen, zeigen, daß diese Jahrgänge sogar über den durchschnittlichen prozentualen Anteil der SPD hinaus sozialdemokratisch gewählt haben. (Beifall bei der SPD.) — Sie können diese Zahlen selbst nachlesen und die Rich-

tigkeit dieser Behauptung dann bestätigen.

Der Ausfall der extremen Parteien auf der Rechten und auf der Linken wird von allen demokratischen Parteien begrüßt werden. Wir Sozialdemokraten teilen allerdings den Optimismus nicht, daß damit für alle Zukunft die Gefahren für eine friedliche und ungestörte Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik gebannt sein werden. Wir sind vor krisenhaften Zuspitzungen auf innen- und außenpolitischem Gebiet noch keineswegs sicher, und erst in einem solchen Fall wird sich erweisen, ob extreme Einflüsse von rechts und

links auf die Dauer ihre Wirkungsmöglichkeit verloren haben. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Wir meinen auch, daß der Wahlausgang mit seiner Konzentration der Stimmen auf die traditionellen Parteigruppierungen noch kein Beweis dafür ist, daß die Wählerinnen

Wir sind bereit

Richtig ist dagegen, daß uns die jetzt gegebene Zusammensetzung des zweiten Bundestages in diesem Hause vor eine neue Situation und — wenn wir wollen — vor neue fruchtbare Möglichkeiten der Entwicklung eines gesunden demokratischen Parlamentarismus stellt. Wir können zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition kommen, und wir Sozialdemokraten sind bereit, dabei mitzuwirken. (Beifall in der Mitte.) Wir sitzen jetzt in diesem Hause auf der äußer-

Die Opposition ist Bestandteil der Demokratie

Das zweite Kriterium wird für uns die Personalpolitik der Bundesministerien und der Bundesverwaltung sein. (Abg. Mellies: Sehr gut!) Die politische oder gar die konfessionelle Zugehörigkeit eines Beamten, Angestellten und Arbeiters — die Loyalität zum Grundgesetz vorausgesetzt — darf bei der Einstellung, bei der Verwendung und bei der Beförderung keine Rolle spielen. (Beifall bei der SPD. — Unruhe.) — Es scheint mir, daß ich mit dieser Bemerkung doch einen für Sie sehr interessanten Punkt getroffen habe. (Lebhafter Beifall bei der SPD. — Lachen und Zurufe in der Mitte und rechts.)

Das Wesentliche ist die Stärkung und Förderung eines demokratischen Staatsbewußtseins aller Träger und Mitarbeiter der Verwaltung der Bundesrepublik. (Zustimmung bei der SPD.)

und Wähler nun damit ihre endgültige politische Heimat gefunden haben. Vor allem scheint es uns verfrüht, von einer zwangsläufigen und unvermeidlichen Entwicklung zu einem Zweiparteiensystem als einer feststehenden Tatsache zu sprechen. (Abg. Mellies: Sehr richtig!)

sten Linken, aber wir haben nicht die Absicht, die destruktive, wenn auch manchmal unterhaltsame Rolle des Herrn Renner zu übernehmen. (Heiterkeit und Beifall in der Mitte.) Es wird ja auch wohl niemand in den Reihen der Koalitionsparteien sein, der bereit ist, hier Herrn Loritz nachzueifern. (Erneute Heiterkeit.) Allerdings, an lebhaften Diskussionen und unterhaltenden Momenten wird es trotzdem nicht fehlen (Abg. Albers: Bravo!), das kann ich Ihnen jedenfalls jetzt schon versprechen. (Lachen und Zustimmung in der Mitte.)

Meine Damen und Herren, wir haben mit Genugtuung von der wiederholten Erklärung des Herrn Bundeskanzlers Kenntnis genommen, daß sein Ziel eine Politik der Befriedung nach innen und außen sei.

Im Ernst: für das normale Funktionieren der Demokratie hat uns die Bundestagswahl vom 6. September eine Chance gegeben. Es liegt in der Natur der Sache, daß in der Ausnutzung dieser Chance die größere Verantwortung bei der Mehrheit dieses Hauses liegt. (Sehr wahr! bei der SPD.) und diese Verantwortung beginnt, meine Damen und Herren, mit der Anerkennung der Opposition als eines wesentlichen und unerlässlichen Bestandteils der parlamentarischen Demokratie. (Zustimmung bei der SPD. — Abg. Dr. Krone: Völlig einverstanden!) Die erste Probe

werden die nächsten Schritte bei der weiteren Konstituierung des Parlaments sein. Die Ausschüsse des Parlaments, die wir noch zu bilden haben, sind keine Hilfsorgane der Regierung oder der Parlamentsmehrheit. (Sehr richtig! bei der SPD.) Sie sind Organe des gesamten Parlaments. Die Besetzung der Leitung der Ausschüsse kann daher nur unter Berücksichtigung der Stärke

der Fraktionen erfolgen, ohne Rücksicht darauf, ob sie zur Koalition oder zur Opposition gehören. (Beifall bei der SPD. — Abg. Arndgen: Das ist selbstverständlich!) — Ich hoffe, ich habe Grund diese Bemerkung zu machen. (Sehr wahr! bei der SPD.) Für uns hat daher die Regelung dieser Frage eine grundsätzliche Bedeutung, und ich möchte diesen Punkt deshalb mit allem Ernst unterstreichen.

Hier Bundes- . . . dort Landespolitik

Wir wünschen, daß in diese Politik auch eingeschlossen wird die Respektierung der selbständigen und sachlichen Ordnung der Regierungsverhältnisse in den Ländern der Bundesrepublik nach den dort gegebenen Kräfteverhältnissen. (Beifall bei der SPD.) Die Bundesrepublik ist ein Bundes-

staat. Wir Sozialdemokraten haben dem föderativen Charakter unseres Grundgesetzes zugestimmt; denn er entspricht unseren eigenen grundsätzlichen Vorstellungen, die wir bereits im Jahre 1947, also vor der Gründung der Bundesrepublik, beschlossen haben. (Beifall bei der SPD.)

Berlin und Hamburg - warnende Zeichen?



DAS WAHLRESULTAT vom 6. September autorisiert niemand zu Gleichschaltungsversuchen bei den Länderregierungen. (Sehr gut! bei der SPD.) Solche Versuche gefährden das Vertrauen in die demokratischen Absichten der neuen Mehrheit und ihrer Regierung.

Wir bedauern unter diesem Gesichtspunkt und vor allem im Hinblick auf die außergewöhnliche Lage von Berlin die in der vorigen Woche in Berlin vorgenommene Wahl des neuen Regierenden Bürgermeisters. In dieser Lage hätte das Recht der weitaus stärksten Fraktion, auch den neuen Regierenden Bürgermeister zu stellen, nicht bestritten werden dürfen (Beifall bei der SPD.), zumal die persönliche und sachliche Qualifikation des sozialdemokratischen Kandidaten von keiner Seite bestritten worden ist. Es ist mehr als peinlich, diese Erfahrung so kurze Zeit nach den unvergeßlichen Trauerkundgebungen für Ernst Reuter machen zu müssen.

Wir bedauern auch das Eingreifen des Herrn Bundeskanzlers in den Hamburger Wahlkampf mit der Begründung, es

komme darauf an, die drei Hamburger Stimmen im Bundesrat auf die Seite der Regierung zu bringen. (Hört! Hört! bei der SPD. — Lachen in der Mitte.) In Hamburg steht die zukünftige Verwaltung dieser größten Stadt der Bundesrepublik zur Entscheidung. Auch hier werden die großen Leistungen des jetzigen Senats unter Führung von Bürgermeister Brauer nicht bestritten, abgesehen von der undiskutablen, Wahlpropaganda des „Hanseaten“, des Wahlblocks. (Lachen in der Mitte.) Es muß der Eindruck entstehen, daß der Bundesregierung und den Koalitionsparteien die politische Gleichschaltung der Hansestadt mit Bonn höher steht als die Entscheidung der Hamburger Bevölkerung über die sachlichen Leistungen der bisherigen Hamburger Stadtregierung.

Wir dürfen hoffen . . .

In diesem Zusammenhang noch ein Wort über das Verhältnis der Bundesregierung zu den freien Organisationen und Verbänden in der Bundesrepublik. Wir nehmen die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers zur Kenntnis, daß die Bundesregierung die Unabhängigkeit der Gewerkschaften anerkennt. Es bleibt aber noch ein Punkt offen, den ich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht unerwähnt lassen möchte.

Freie Organisationen wie die Gewerkschaften, deren Loyalität zur Bundesrepublik außer jedem Zweifel steht, (Zurufe u. Unruhe in der Mitte und rechts) — deren Loyalität zur Bundesrepublik außer jedem Zweifel steht, (lebhafter Beifall bei der SPD) sind in ihren Entscheidungen über ihre Führung und über ihre Arbeit nur an die Willenskundgebungen ihrer Mitglieder in den, in den Satzungen festgelegten Körperschaften gebunden, und jede Intervention von außen ist ein Verstoß gegen den Geist unserer demokratischen Grundordnung. (Beifall bei der SPD. — Abg. Albers: Aber auch eine Partei darf nicht eingreifen!) Wir hoffen, daß die Erklärung

des Herrn Bundeskanzlers auch diese Seite des Problems einschließt. (Abg. Dr. von Brentano: Einschließt, nicht abschließt!) — „Einschließt“ hatte ich gesagt.

Aber hinter dieser Frage steht ein anderes ernstes Problem. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede leider überhaupt nichts über die innenpolitischen Absichten seiner Regierung im eigentlichen Sinne gesagt. Sie wissen, daß die Öffentlichkeit des In- und Auslandes über die angeblichen Pläne der neuen Bundesregierung in bezug auf die Schaffung eines sogenannten Informationsministeriums tief beunruhigt war.

Der Herr Bundeskanzler hat solche Absichten dementiert; aber leider fehlt in seiner Regierungserklärung jedes Wort über diesen Punkt. Wir haben auch nichts über die Pläne der Regierung in bezug auf die gesetzliche Regelung z. B. des Rundfunk- und Pressewesens gehört. Ich befürchte, dieses Schweigen ist kein Zufall; auf uns wirkt es beunruhigend. (Zustimmung bei der SPD. — Abg. Tenhagen: Lenz hat ja noch keinen Posten!)

Im Mittelpunkt allen Geschehens steht der Mensch

Das Leben in der Demokratie besteht ja nicht nur aus der Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen ihrer Bürger; im Gegenteil, das Wesentliche ist der Mensch, die Sicherung seiner persönlichen Freiheit, der Freiheit des Wortes und der Information, die Sicherung seines geistigen und religiösen Lebens vor jedem Zwang und vor jeder Vorherrschaft einer politischen Auffassung oder eines religiösen Bekenntnisses. (Lebhafter Beifall bei der SPD. — Abg. Dr. von Brentano: Auszeichne!) Erst die Erhaltung und die Pflege dieser Freiheiten macht dem vollen Wert und die wirkliche Überlegenheit der Demokratie gegenüber jedem anderen Herrschaftssystem aus.

Meine Damen und Herren, es ist eine tiefe Unruhe im Volk, daß diese Freiheiten im Gefolge der neuen Machverteilung im neuen Bundestag gefährdet werden könnten. (Zurufe von der SPD und von der Mitte.) Es

besteht die Sorge, daß hinter dem Streit um die Konfession des Immer noch nicht vorhandenen Herrn Postministers mehr steht als ein interner Koalitionskonflikt um die Anzahl der Ministerplätze. (Zustimmung bei der SPD.) Wir Sozialdemokraten machen uns hier zum Sprecher dieser Besorgten, wo immer sie politisch stehen mögen. Eine Demokratie, die versuchen wollte, mit gesetzlichen Maßnahmen und behördlichen Einrichtungen das geistige und kulturelle Leben des Volkes zu dirigieren oder im Sinne einer bestimmten Politik oder Konfession zu lenken und zu beherrschen, zerstört ihre geistigen und ethischen Grundlagen. (Beifall bei der SPD.) Die Demokratie kann nur leben im Geiste der Toleranz und im Geiste der Freiheit, nicht nur nach außen, sondern vor allem auch im Innern.

Die Sorge über autoritäre Tendenzen

Es ist der Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion, daß die diesen Bemerkungen zugrunde liegende Sorge über autoritäre Tendenzen und Aktionen sich bald als gegenstandslos erweisen wird. Wenn wir sie hier zu Beginn zum Ausdruck gebracht haben, dann auch deshalb, weil der Herr Bundeskanzler bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung so großes Gewicht darauf gelegt hat, seiner neuen Regierung eine verfassungsändernde Mehrheit zu sichern. Soweit es sich dabei um die Verfassungsergänzung im Zusammenhang mit den Verträgen handelt, ist dieses Bemühen verständlich. Wir hoffen aber sehr, daß nicht weitere wesentliche Verfassungsänderungen oder wesentliche Gesetzesänderungen, die entscheidende Institutionen der Demokratie und der Bundesrepublik betreffen — vor allem in bezug auf die innere demokratische Ordnung der Bundesrepublik —, in Aussicht genommen worden sind. Sollte das der Fall sein, dann möchten wir jetzt darauf hinweisen, daß die sozialdemokratische Opposition in diesem Hause eine der entscheidenden verfassungstragenden Parteien repräsentiert. (Beifall bei der SPD. — Zuruf von der Mitte.) — Selbstverständlich, denn das Grundgesetz ist das Resultat einer gemeinsamen positiven Entscheidung eines Teils der heutigen Koalition und der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall bei der

SPD.) Ich möchte sagen, daß jeder Versuch, solche Verfassungsänderungen ohne oder gegen die Sozialdemokratie herbeizuführen, eine sehr ernste Lage schaffen würde. (Sehr richtig! bei der SPD. — Unruhe in der Mitte).

Bevor ich mich nun im einzelnen mit dem Inhalt der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers auseinandersetze, möchte ich noch eine Bemerkung von allgemeiner Bedeutung vorausschicken. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung wiederholt vom deutschen Volk und von Deutschland gesprochen. Die Tatsache, daß die Wiedervereinigung Deutschlands noch als Aufgabe vor uns liegt, schließt in sich, daß wir uns hier des besonderen und vor allem im Hinblick auf die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes provisorischen Charakters der Bundesrepublik Deutschland immer bewußt bleiben müssen. (Beifall bei der SPD.) Wir wünschen, daß in den Stahl- und Betonbauten der Bundesministerien, die jetzt hier „provisorisch“ errichtet werden, (Heiterkeit bei der SPD.) das Bewußtsein immer lebendig ist, daß die große nationale Aufgabe der Vereinigung und der Neugestaltung des ganzen Deutschlands noch vor uns liegt und daß wir sie dann von der Hauptstadt Berlin in Angriff nehmen wollen. (Lebhafter Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU.)

Keine Aufgaben für die vielen Minister

Der Herr Bundeskanzler hat nun seine Regierungserklärung im Namen seines neuen Kabinetts abgegeben. Diese neue Regierung ist zweifellos anders zustande gekommen und anders zusammengesetzt, als die Wähler es sich nach dem eindeutigen Wahlausgang vorgestellt hatten. Die Verhandlungen waren deprimierend langwierig, und das Ende war die Bildung eines Mammutkabinetts. Dabei wissen wir heute noch nicht einmal, ob die obere Grenze überhaupt schon erreicht ist. (Sehr gut! und Heiterkeit bei der SPD). Die Gründe, die der Herr Bundeskanzler für die Erweiterung des Kabinetts angeführt hat, sind nicht überzeugend. (Zustimmung bei der SPD). Die Bestellung von vier Ministern

für besondere Aufgaben, die nach der Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers die Aufgabe haben sollen — trotz seiner Erfahrungen mit seinen Sprechministern — (Lachen bei der SPD) die Politik der Regierung öffentlich zu vertreten, (Heiterkeit bei der SPD) ist sachlich nicht vertretbar. Sie steht auch im direkten Widerspruch zu der immer wieder geforderten Sparsamkeit in der Verwaltung. (Sehr gut! bei der SPD).

In Wirklichkeit ist ja auch die Kabinettsbildung nicht in erster Linie von der sachlichen Aufgabenseite her bestimmt worden, sondern von dem Bedürfnis, die Ansprüche der verschiedenen Fraktionen der Koalition auf einer möglichst breiten Basis zu befriedigen. (Sehr wahr! bei der SPD).

Sechs zuviel - - - und einer zu wenig

Man hat nach dem 6. September in großen Worten die Eindeutigkeit und Geschlossenheit der Entscheidung dieser Wahl gepriesen. Aber als es darum ging, dieses Resultat auf die neue Regierung zu übertragen, da erzwangen nicht nur politische und Interessengegensätze die inflationistische Erweiterung des Kabinetts, sondern die **konfessionelle Zusammensetzung** der höchsten politischen Körperschaft der Bundesrepublik wurde zum öffentlichen Streitgegenstand. (Sehr wahr! bei der SPD. — Zurüt von der SPD: Zum öffentlichen Skandal!) Den Schaden, den das Ansehen der Regierung dabei erlitten hat, hat sie selber zu verantworten.

WAS WIR BEDAUERN, ist, daß in dieser Weise konfessionelle Überzeugungen zum Gegenstand eines offenen politischen Machtkampfes gemacht worden sind.

Meine Damen und Herren, von der Sache bei hat diese Regierung sechs Minister zuviel und einen zuwenig. (Beifall bei der SPD.) Die Tatsache, daß die zweite Regierung Adenauer ihre Tätigkeit auch wieder ohne einen Außenminister beginnt,

ist eine ihrer entscheidenden Schwächen. Vor der Wahl gab es auch in den Reihen der Koalition sehr ernsthafte Stimmen für die endliche Besetzung des Postens eines Außenministers, und bei der Bedeutung der Außenpolitik für das Schicksal der Bundesrepublik angesichts des Anwachsens der Aufgaben auf diesem Gebiete kann über die sachliche Notwendigkeit eines Außenministers überhaupt nicht gestritten werden. (Abg. Hilbert: Wir haben ja einen! — Heiterkeit.) — Vielleicht kommen Sie damit in Ihrer Fraktion durch, aber nicht hier in diesem Hause. (Beifall bei der SPD.) Trotzdem ist diese Besetzung wiederum nicht erfolgt, und das Haus hat darüber vom Herrn Bundeskanzler auch keine Erklärung erhalten. Die Forderung der Sozialdemokratie ist hier: die unverzügliche Besetzung dieses wichtigen Amtes.

Und nun, meine Damen und Herren, zum Inhalt der Regierungserklärung selbst. Sie werden verstehen, daß der Opposition daran liegt, bei dieser ersten Stellungnahme zum Programm der Regierung hier auch ihre Position in den wichtigsten Fragen zu präzisieren, weil ja schließlich diese

Auseinandersetzung die Grundlage für die parlamentarische Arbeit in diesem Hause bieten soll und weil es uns nützlich erscheint, die Positionen der beiden Hauptgruppen in diesem Parlament von Beginn

an möglichst klar und konkret festzulegen. Aus diesem Grunde bitte ich Sie um Geduld, wenn ich jetzt auf gewisse wesentliche Einzelpartien der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers eingehe.

Für ein Leben OHNE Furcht und Not

MIT RECHT hat der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung den innenpolitischen Aufgaben einen breiten Raum eingeräumt. Denn die Schaffung einer Ordnung, die allen Bürgern der Bundesrepublik die demokratischen Grundrechte sichert und ihnen ein Leben ohne Furcht vor Not ermöglicht, ist die vorrangige Aufgabe des neuen Bundestags.

Wir begrüßen es, wenn der Herr Bundeskanzler den Grundsatz der Verbundenheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozial-

politik aufgestellt hat. Er entspricht einem alten sozialdemokratischen Grundsatz. (Sehr gut! bei der SPD.) Die Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Grundsatzes werden daher in erster Linie in der Regierung selbst und in der Koalition entstehen. Eine fruchtbare Debatte über diese zentrale Frage wird aber erst dann möglich sein, wenn die Regierung und die Koalition damit aufhören, über den Gegensatz zwischen Regierung und Opposition auf der Basis soziale Marktwirtschaft gegen Planwirtschaft zu diskutieren.

Sicherung des Wettbewerbs

Der Herr Bundeskanzler hat wiederum das Schlagwort von der sozialen Marktwirtschaft zur Grundlage seiner Regierungserklärung und damit der Regierungspolitik der nächsten vier Jahre gemacht. Wir wollen mit dem Herrn Bundeskanzler nicht darüber rechten, ob ein solches bunt-schillerndes Schlagwort eine genügend tragfähige Grundlage für die Wirtschaftspolitik der deutschen Bundesrepublik ist.

Es erscheint uns jedoch bemerkenswert, daß nach Auffassung des Herrn Bundeskanzlers die Entscheidung, ob soziale Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, zugleich die Entscheidung der Frage war, ob eine Regierung unter Einfluß der Sozialdemokratie zu bilden sei oder nicht. Damit wird der Eindruck erweckt, als ob die Regierungskoalition grundsätzlich eine Politik der freien Markt- und Wettbewerbswirtschaft verfechte und eine planmäßige Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ablehne, während die Sozialdemokratie grundsätzlich die Politik einer Plan- oder gar

Zwangswirtschaft befürworte und den freien Wettbewerb besitzigen wolle. Das entspricht nicht den Tatsachen. (Sehr richtig! bei der SPD. — Abg. Dr. von Brentano: Seit wann? — Hört! Hört! bei den Regierungsparteien.) In der Wirklichkeit gibt es viele Bereiche, in denen die Marktwirtschaft nicht funktionieren kann.

In Zusammenhang mit dieser unzutreffenden Gegenüberstellung von Marktwirtschaft und Planwirtschaft steht die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers, daß die Freiheit in der sozialen Marktwirtschaft auch die Freiheit vor Gruppeninteressen bedeute. Es erscheint mir außerordentlich bezeichnend, daß zu dieser Feststellung des Herrn Bundeskanzlers ausgerechnet die Vertreter der Gruppeninteressen innerhalb der Koalition lebhaft Beifall klatschten. (Heiterkeit und Beifall bei der SPD.) Die Sozialdemokratie weiß, daß eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Verhältnisse insbesondere der breiten Schichten der Bevölkerung letzten Endes nur möglich ist durch eine Vergrößerung des Sozialpro-

dukts. Sie ist daher Anhänger einer planmäßigen wirtschaftlichen Expansionspolitik.

In der heutigen Situation wird der Anstzpunkt für eine solche Ausweitung in erster Linie auf dem Gebiet der Konsumgüterindustrie liegen müssen. Die Sozialdemokratie legt jedoch Wert darauf, daß sie nicht nur die gehobenen Konsumgüter, sondern insbesondere auch die Massenkonsumgüter erfaßt. Die Bemühungen um

Das Aktionsprogramm von Dortmund und seine Gegner

Wir begrüßen es ganz besonders, daß dieser Tatbestand nunmehr auch durch die Hohe Behörde und den Ministerrat der Montan-Union anerkannt worden ist, indem sie sich für eine gemeinsame Investitionspolitik aller Länder der Montan-Union ausgesprochen haben, um den allgemeinen Verbrauch — wie es heißt — und insbesondere den der öffentlichen Dienste gleichmäßig zu gestalten und zu beeinflussen und um diese allgemeine Entwicklung und die Programme der Hohen Behörde aufeinander abzustimmen. Damit hat die Hohe Behörde eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die Steigerung des Sozialprodukts von einer planmäßigen Koordinierung der Investitionspolitik in allen beteiligten Ländern und in allen beteiligten Wirtschaftszweigen abhängig ist. Wir haben uns besonders gefreut, daß dieser Beschluß mit Zustimmung des Herrn Bundeswirtschaftsministers Professor Erhard gefaßt worden ist. (Hört! Hört! Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Damit komme ich zum Kernpunkt dieser Auseinandersetzung. Wir erschweren jede ernsthafte Diskussion über zweckmäßige Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, wenn wir so tun, als ob man die Wirtschaft nach gewissen weltanschaulich bestimmten Prinzipien — wie freie Marktwirtschaft, die Planwirtschaft — betreiben

eine Vergrößerung des Sozialprodukts auf dem Konsumgütergebiet verlangen unter den heutigen Verhältnissen entsprechende investitionsfördernde Maßnahmen in dieser Industrie. Die erforderliche Stabilität der Wirtschaft kann daher nur durch ein harmonisches Entwicklungsverhältnis von Konsumgüter- und Investitionsgüterindustrie erreicht werden. Hierzu bedarf es des konstruktiven Einsatzes der wirtschaftspolitischen Mittel, die der Bundesregierung zur Verfügung stehen.

könne. (Zuruf rechts: Das haben Sie doch immer getan!) Die Wirtschaft der modernen Industriestaaten ist so kompliziert und so differenziert, daß man ihr mit einseitigen Prinzipien und Schlagworten nicht gerecht wird. (Beifall bei der SPD. — Hört! Hört!, Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien.) — Ich will Sie in Ihrer Freude nicht stören, ehe ich den nächsten Satz lese. — Es ist unzutreffend, wenn behauptet wird, die Sozialdemokratie sei Anhänger der Planwirtschaft und damit Gegner des freien Wettbewerbs. (Abg. Dr. von Brentano: Seit wann? — Weitere Zurufe von den Regierungsparteien.) — Meine Damen und Herren, ich bin sehr überrascht über diese Reaktion (erneute Zurufe von den Regierungsparteien) und ich freue mich, daß ich diese Bemerkung jetzt gemacht habe. Denn im Grunde ist alles das, was ich hier sage, zum letzten Male in dem Aktionsprogramm der Sozialdemokratie formuliert, (Beifall bei der SPD) das wir vor einem Jahr beschlossen haben. Es tut mir leid, wenn ich das hier nicht als bekannt voraussetzen kann.

Die Sozialdemokratie weiß, daß ein echter Leistungswettbewerb in weiten dafür geeigneten Wirtschaftszweigen von entscheidender Bedeutung für die freie Konsumwahl des Verbrauchers bei angemessenen Preisen und für die Entfaltung einer

gesunden Unternehmerinitiative ist. Es handelt sich hier um sehr große und entscheidende Wirtschaftsbereiche, zu denen insbesondere die gesamte kleinere und mittlere Industrie und das Handwerk ge-

hören. Die Sozialdemokratie fordert daher wirksame Maßnahmen zur Sicherung dieses Wettbewerbs, die gleichzeitig der Steigerung der Produktivität und der Ausdehnung unserer Wirtschaft dienen müssen.

Kein Wort über das Kartellgesetz

Insbesondere für eine Regierung, die die Marktwirtschaft zum Angelpunkt ihrer gesamten Wirtschaftspolitik machen will, müßte die Sicherung des Wettbewerbs durch eine gesetzliche Ordnung von entscheidender Bedeutung sein.

Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß die Bundesregierung das Kartellgesetz gegenüber den Interessentengruppen bisher nicht hat durchsetzen können, (Sehr richtig! bei der SPD), obwohl der Herr Bundeswirtschaftsminister mehrfach erklärt hat, daß ein Kartellgesetz eine unverzichtbare Voraussetzung für das Funktionieren der sogenannten sozialen Marktwirtschaft sei. (Beifall bei der SPD.) Wir haben auch mit Erstaunen festgestellt, daß das Kartellgesetz in der Regierungserklärung nicht mit einem Wort erwähnt worden ist. (Hört! Hört! und Sehr richtig! bei der SPD.)

In diesem Zusammenhang darf ich auch darauf hinweisen, daß sich in der Montanwirtschaft die Interessen der Großaktionäre in Zusammenarbeit mit den alliierten Besatzungsbehörden bei der Durchführung des Aktienumtausches in einer Weise durchsetzen, die weder gesamtwirtschaftlichen Interessen noch den Interessen der zahl-

losen Klein- und Mittelaktionäre entspricht. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Das Schergewicht der in der Regierungskoalition wirksamen Interessen hat den Herrn Bundeskanzler offenbar auch veranlaßt, die Forderung nach einer Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien, die ein wesentlicher Gesichtspunkt seiner Regierungserklärung vom September 1949 war, diesmal fallenzulassen. (Hört! Hört! bei der SPD.) Dabei hat die Umgestaltung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie auf Grund alliierter Gesetze und der Verzicht auf eine zielbewußte Investitionspolitik die Leistungsfähigkeit dieses Industriezweiges und auch des deutschen Kohlenbergbaus gegenüber der anderen Mitglieder der Montan-Union auf diesem Sektor stark herabgemindert. Der Aktienumsch, den ich schon erwähnte, hat Folgen, die gesamtwirtschaftlich unerwünscht sind. Und wenn Sie alle anderen Gründe für eine Neuordnung nicht akzeptieren, meine Damen und Herren — die Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien ist deshalb heute dringender als je, auch schon um nur ihre Leistungsfähigkeit derjenigen der übrigen Montanländer anzupassen. (Beifall bei der SPD.)

Widerspruch in der Koalition

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang einige Bemerkungen über die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand. Sie ist in den letzten Wochen vor der Wahl und auch nach der Wahl Gegenstand zahlreicher offizieller und informeller Äußerungen gewesen. In den

letzten Wochen vor der Wahl wurden die der Bundesregierung nahestehenden politischen und wirtschaftlichen Gruppen nicht müde, eine umfangreiche Reprivatisierung von Bundesunternehmungen zu verlangen. Der Herr Bundesfinanzminister dagegen hat sich persönlich kurz vor dem

Wahltag in das Volkswagenwerk bemüht, um dort zu verkünden, daß die Bundesregierung keinesfalls eine Überführung des Volkswagenwerks in private Hände vorschlagen werde. (Gegenrufe von der FDP.) Nach der Wahl haben zuständige Wirtschaftskreise den Kanzler darüber unterrichtet, daß die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand beschränkt und bereinigt werden müßte, (Abg. Mellies: Hört! Hört!) die Forderung nach Überführung von Betrieben der öffentlichen Hand in Privatbesitz dürfe nach diesem Wahlausgang nicht unverwirklicht bleiben. (Hört! Hört! bei der SPD.) Der jetzige Herr Bundesminister Preussner hat nach einer Meldung der „Welt“ vom 13. Oktober auf der Jahresversammlung des deutschen Kraftfahrzeughandwerks im Gegensatz zu der Äußerung seines Kollegen, des Herrn Bundesfinanzministers, erklärt, er und seine Freunde würden nicht eher ruhen,

Die öffentliche Wirtschaft ist notwendig

DIE BETÄTIGUNG der öffentlichen Hand in der Wirtschaft ist nicht eine Angelegenheit der Hörung von Sachvermögen, sondern ein Mittel der Wirtschaftspolitik. Soweit eine wirtschaftspolitische Einflußnahme auf dem Wege über die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen im Allgemeininteresse liegt, soll und muß sie erfolgen. Das gilt insbesondere auch für die Fälle, in denen Bundesunternehmungen gegenüber entgegenstehenden Interessen starker, marktbeherrschender Unternehmungen preissenkend und damit preisregulierend wirken können. Dagegen ist sie überall dort abzulehnen, wo sie keine wirtschaftspolitische Bedeutung hat. Insbesondere ist es nicht die Aufgabe des Staates, verlustbringende Unternehmungen zu übernehmen, sie durch Zuführung öffentlicher Mittel zu sanieren und anschließend als gesunde Unternehmungen wieder der privaten Hand zurückzugeben. (Lebhafter Beifall bei der SPD und vereinzelt in der Mitte). Diese Sozialisierung der Verluste und Reprivatisierung

als bis das Volkswagenwerk in private Hände überführt worden sei. (Hört! Hört! bei der SPD. — Beifall bei der FDP.) Inzwischen geht das Trommelfeuer der privaten Interessentengruppen gegen die öffentlichen Betriebe weiter. Am 16. Oktober hat der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Herr Dr. Reusch, nunmehr auch die Reprivatisierung der großen Energieversorgungsunternehmen verlangt. (Hört! Hört! bei der SPD.)

BEI DIESER VERWORRENHEIT der Meinungen innerhalb der Bundesregierung und den hinter ihr stehenden Kreisen überrascht es nicht, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand mit keinem Wort erwähnt hat. Die Öffentlichkeit hat jedoch ein Anrecht darauf, die Auffassung der Bundesregierung über diese wichtige Frage kennenzulernen. (Sehr wichtig! bei der SPD.)

der gewinnbringenden Unternehmungen mag sehr gewichtigen Interessenwünschen entsprechen. Sie ist jedoch genau das Gegenteil einer Wirtschaftspolitik, die den Gesamtinteressen dient.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die öffentliche Hand vor allem auf dem Gebiet des Verkehrs, des Bergbaus und der Energiewirtschaft über öffentliche Unternehmungen einen sehr gesunden Einfluß ausgeübt. Der Bundesbesitz im Verkehr, in der Grundstoffindustrie und in der Energiewirtschaft darf daher aus gesamtwirtschaftlichen Gründen nicht angetastet werden. (Beifall bei der SPD.) Dringend erforderlich ist nach unserer Auffassung eine Neuordnung des Bundesvermögens in all den Details, die zu diesem Kapitel gehören. Die Sozialdemokratie erwartet, daß auch diese Aufgabe nunmehr endlich in Angriff genommen wird.

Auf dem Gebiet der Außenwirtschaft werden wir, wie bisher, die Regierung in ihrem Bemühen, den Außenhandel aus-

zuweiten, und ihn von allen kleinlichen Beschränkungen zu befreien, unterstützen. Wir wünschen aber eine Präzisierung dieses Programms in mehreren Punkten, in denen die erste Bundesregierung unsere Erwartungen nicht erfüllt hat. Im Gegensatz zu der aus sechs Ländern bestehenden

Wir fragen deshalb:

Ist die Bundesregierung bereit, dem Europäischen Wirtschaftsrat, OEEC, künftig ebenso viel Bedeutung beizumessen, wie sie es in der Vergangenheit gegenüber der Montan-Union getan hat?

WEITER: Ist die Bundesregierung bereit, im Europäischen Wirtschaftsrat dafür einzutreten, daß internationale Maßnahmen getroffen werden, um die lebensnotwendige Produktionssteigerung von 5% jährlich für alle beteiligten Länder sicherzustellen?

Wir begrüßen die Ankündigung der Regierung, die mittleren und kleineren Betriebe mehr als bisher zum Export heranzuziehen. Aber wir fragen: Welche neuen Maßnahmen will die Regierung treffen, um diese wichtigen Ziele zu verwirklichen?

Meine Damen und Herren, wir wünschen auch, daß auf diesem Gebiet die Notwendigkeit für die Stadt Berlin, zu exportieren, mehr als bisher berücksichtigt wird. (Sehr gut! bei der SPD.)

Neubau der Verkehrswirtschaft

WIR BEDAUERN, daß uns auch die Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers über die Verkehrspolitik seiner Regierung nicht befriedigt hat. Die Verkehrswirtschaft gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen einer blühenden Volkswirtschaft. Ihr gegenüber hat aber die Bundesregierung bisher so gut wie alles versäumt. Die Krise der Bundesbahn, ja die sichtbare Krise der deutschen Verkehrswirtschaft ist ein latenter Krisenherd für die gesamte Volkswirtschaft. Jahr für Jahr ist die ruinöse Konkurrenz zwischen den Trägern des Binnenverkehrs gesteigert worden. Jetzt kann die Bundesbahn aus eigener Kraft nicht mehr Lohn und Gehalt zahlen. Obwohl sie immer noch 60% der inneren Verkehrsleistungen vollbringt, wird sie ihren volkswirtschaftlichen Verpflichtungen nicht mehr gerecht. Wir sind der Meinung,

Montan-Union liegt die Bedeutung des Europäischen Wirtschaftsrats in seiner größeren Ländergemeinschaft — es sind nämlich 18 anstatt nur 6 Länder — und seiner umfassenderen wirtschaftlichen Verantwortung für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft, nicht nur der Kohle- und Stahlindustrie.

daß die Bundesbahn von den politischen Lasten befreit werden muß. Sie braucht ein Finanzierungsprogramm zur Beseitigung noch bestehender Kriegsschäden und für den Nachholbedarf.

Es scheint uns auch notwendig, daß die Finanzierungsprobleme in bezug auf Straßenbahn und andere Verkehrsträger ebenfalls von der Bundesregierung untersucht und angepackt werden. (Sehr gut! bei der SPD.) Außerdem scheint uns ein völliger Umbau der Steuergesetzgebung im Verkehrswesen erforderlich. Die bisherige Bundesregierung hat zwar die Motorisierung mit steuerlichen Maßnahmen vorangetrieben, aber sie hat den Ausbau des überbeanspruchten Straßennetzes und seine Instandhaltung in unverantwortlicher Weise vernachlässigt. (Sehr wahr!

bei der SPD). Die Lücken im Autobahnnetz müssen schnellstens geschlossen werden.

Es muß weiter gefördert werden der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Aber wichtig ist auch die Modernisierung der Binnenschiffahrtsflotte.

Grund und Boden den Bauern

Meine Damen und Herren! Im Bereich der Agrarpolitik ist es bedauerlich, daß die Regierungspraxis weit hinter dem zurückgeblieben ist, was von allen Seiten als richtig und notwendig anerkannt war. Die Sozialdemokratie bekennt sich unverändert zu einer Agrarpolitik, die der Landwirtschaft hilft, ihre wirtschaftlichen Leistungen ständig zu erhöhen. Nur auf diesem Wege ist eine bessere Ernährung des Volkes, ist eine bessere Ordnung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der auf dem Lande arbeitenden Menschen zu erreichen. Die Sozialdemokratie bekennt sich zum bäuerlichen Privateigentum an Grund und Boden. Die besonderen Aufgaben der deutschen Landwirtschaft in unserer Zeit, Veredlungswirtschaft im Wettbewerb mit anderen Erzeugungsgebieten auf einem gemeinsamen europäischen Markt, können überhaupt nur gelöst werden, wenn das Eigentum am Boden die Grundlage wirtschaftlicher und sozialer Freiheit ist, indem der Ertrag der landwirtschaftlichen Arbeit ungeschmälert denen zukommt, die diese Arbeit tatsächlich leisten. (Beifall bei der SPD. — Zurufe rechts.) Darum fordert die sozialdemokratische Fraktion von der Agrarpolitik und insbesondere von der Bodenpolitik die Vermehrung der lebensfähigen bäuerlichen Familienbetriebe und eine aktive Siedlungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der heimervertriebenen Landwirte. Gerade weil sich die der Landwirtschaft zur Verfügung stehende Bodenfläche aus den bekannten Gründen ständig vermindert, muß alles getan werden, damit diejenigen zum Zuge kommen,

UND SCHLIESSLICH HOFFEN WIR, daß die Regierung durch Verhandlungen erreicht, daß die überholten besatzungsrechtlichen Hindernisse für die deutsche Zivilluftfahrt auf dem Wege der Verständigung endlich aus der Welt geschafft werden.

die im Sinne einer besseren volkswirtschaftlichen Leistung die besseren Wirte sind.

Der Herr Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß auch unsere Landwirtschaft in gemessener Zeit vor der Tatsache des gemeinsamen europäischen Marktes stehen wird. Nun weiß aber jeder, daß das Modell der Montan-Union für die Landwirtschaft nicht geeignet ist. (Sehr richtig! bei der SPD.) Deshalb wäre uns eine klare Absage lieber gewesen. Die Landwirtschaft darf nicht noch mehr den Folgen außenpolitischer Experimente ausgesetzt werden. (Sehr gut! bei der SPD.) Gerade wenn man aber eine gesunde wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Völker will, muß man es auf das tiefste bedauern, daß während der letzten vier Jahre alle Maßnahmen zur nachhaltigen Förderung und strukturellen Verbesserung unserer Landwirtschaft auf das stärklichste vernachlässigt worden sind.

Aus dem Katalog dieser Maßnahmen hat der Herr Bundeskanzler unter besonderer Betonung der Kleinbauern die Flurbereinigung genannt. Damit ist aber nichts getan, wenn man an Stelle der erforderlichen Mittel immer nur einen Erinnerungsposten in den Haushaltsplan einstellt. (Sehr gut! bei der SPD.) Da wir keine großen Hoffnungen haben, daß sich das im Laufe der nächsten Jahre ändern wird, werden wir uns mit um so größerem Nachdruck für die Bereitstellung der Beträge einsetzen, die für die wirksame Ergänzung der eigenen Anstrengungen unserer Bauern nun einmal aufgebracht werden müssen.

Meine Damen und Herren! Wenn die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft eingestandenermaßen mehr und mehr darunter leidet, daß die Kosten ihrer Produktionsmittel, die sie von der Industrie kaufen muß, viel schneller steigen als ihre eigenen Einnahmen, dann ist es völlig unzureichend, wenn der Herr Bundeskanzler sich und andere mit der Hoffnung tröstet, daß aus den Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Industrie und der Landwirtschaft sozusagen von selber eine

Besserung dieses bedrohlichen Zustandes hervorgehen wird. Gerade unter dieser berüchtigten Preisschere leidet die Rationalisierung und die Intensivierung der Landwirtschaft, und weil es nicht stimmt, daß, wie der Herr Bundeskanzler behauptet hat, der Wiederaufbau des Produktionsapparates als beendet angesehen werden kann, muß man sich hier schon zu wirksamen Maßnahmen einer aktiven Agrarpolitik aufschwingen, wenn tatsächlich etwas erreicht werden soll.

Hilfe dem kleinen und mittleren Privateigentum

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Erklärung im Zusammenhang mit dem Problem des Außenhandels und der Rationalisierung gesagt, daß den kleinen und mittleren Unternehmungen — besonders im Handwerk — eine besondere Förderung zukommen müsse, um sie wettbewerbsfähig mit den großen zu machen. Außerdem hat der Kanzler die Notwendigkeit bejaht, weitere selbständige Existenzen in Handwerk, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft zu schaffen.

Wir sind durchaus dieser Meinung. Die kleinen und mittleren selbständigen Existenzen des Handwerks, im Handel, im übrigen Gewerbe und in den freien Berufen haben eine außerordentliche gesellschaftspolitische Bedeutung. Sie liegt unter anderem darin, daß die dort durch eigene Arbeitsleistung mögliche Eigentumsbildung ein Gesellschaft und Wirtschaft stabilisierender Faktor ist.

Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht isolieren

Meine Damen und Herren! Ich habe schon unsere positive Einstellung gegenüber der Erklärung der Bundesregierung unterstrichen, daß sie insbesondere die Finanz- und die Wirtschaftspolitik aufeinander abstimmen will. Die neue Bundesregierung scheint demnach in der Finanzpolitik an Stelle überwiegend fiskalischen Denkens ökonomische Überlegungen setzen zu wol-

Deshalb fördert die Sozialdemokratie das kleine und mittlere Privateigentum.

Wir sind der Meinung, daß die in diesem Bereich der Wirtschaft liegende Leistungsfähigkeit durch geordnete Berufsausbildung zu sichern ist; und daß diejenigen berufsordnenden und kreditpolitischen Maßnahmen durchgeführt werden, die geeignet sind, Klein- und Mittelbetriebe unter dem Gesichtspunkt volks- und betriebswirtschaftlicher Koetenersparnis rationell zu gestalten.

Die hier zur Verfügung zu stellenden Mittel dürfen auf keinen Fall einer konservierenden Haltung dienen.

Im Zuge dieser Maßnahmen müssen alle im Handwerk Tätigen, also auch die Selbstständigen und deren wünschenswerte Aufstiegsmöglichkeiten in die Selbständigkeit, gebührend berücksichtigt werden.

len. Das wäre ein Fortschritt, nachdem das erste Kabinett Adenauer sich gerade dadurch schwach erwies, daß es Wirtschafts- und Finanzpolitik isoliert, ja häufig aus dem Gegensatz heraus betrieb. (Abg. Dr. Menzel: Sehr richtig!)

Die öffentlichen Aufgaben müssen auf Bund, Länder und Gemeinden sinnvoll verteilt werden. Mit dieser Verteilung der

Aufgaben und somit der Ausgaben muß eine sinnvolle Verteilung der Einnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden vorgenommen werden, die den Finanzausgleich auf einen Spitzenausgleich reduziert. Nach dem Grundgesetz sind die Gemeinden und die Gemeindeverbände nicht Partner des Finanzausgleichs, obwohl auch die Gemeinden nach Art. 109 des Grundgesetzes in ihrer Haushaltsgebarung unabhängig sind. Es wird deshalb unumgänglich sein, im Gesetz nach Art. 107 des Grundgesetzes

in der Finanzverfassung den Gemeinden die Stellung einzuräumen, die ihnen nach ihren Aufgaben im Staat zukommt. (Beifall bei der SPD.)

Die angekündigte große Steuerreform muß eine organische Steuerreform sein. Sie muß sich mithin der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik auf Grund der Erkenntnisse anpassen, die sich aus der Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstruktur ergeben.

Wir verlangen die große Steuerreform

Dabei haben wir an den Herrn Finanzminister die Frage zu richten, ob er glaubt, daß eine allgemeine Minderung der Steuerlasten bei wachsendem Finanzbedarf wirklich möglich ist. Nachdem die Regierungskoalition des ersten Bundestages mit Rücksicht auf den Eindruck auf die Wähler die Einkommen- und Körperschaftsteuer noch vor den Wahlen gesenkt hat, wird es nunmehr bei einer organischen Steuerreform in erster Linie auf eine sozial gerechtere Verteilung der Steuern ankommen. (Sehr richtig! bei der SPD.) Hierbei bedürfen die Verbrauchssteuern einer besonderen Überprüfung (Sehr gut! bei der SPD) unter wirtschafts- und außenhandelspolitischen wie unter sozial- und gesundheitspolitischen Erwägungen. (Beifall bei der SPD.) Die Verbrauchssteuern auf unentbehrliche Verbrauchsgüter sind ganz abzuschaffen.

Aus der Problematik einer organischen Steuerreform ergibt sich, daß sie, wenn irgend möglich, vor dem Gesetz nach Art. 107 verabschiedet werden sollte. (Abg. Dr. Gülich: Sehr richtig!) Zum mindesten müßten aber vorher die Grundzüge einer organischen Steuerreform festgelegt und in diesem Zusammenhang auch die Frage der Bundesfinanzverwaltung erneut behandelt werden, die die Sozialdemokratie weiterhin für erforderlich hält.

Das Problem des Aufbaues eines leistungsfähigen Kapitalmarktes wird jetzt

mit Recht in den Vordergrund gestellt. Damit wird anerkannt, daß mit der Selbstfinanzierung, auf deren Gefahren die Sozialdemokratie immer hingewiesen hat, Schluß sein muß.

Überholt ist auch das bisherige System der künstlichen, einseitigen und viel zu teuren Steuerbegünstigungen für Kapitalbildung. Das unglückliche Kapitalmarktförderungsgesetz sollte so schnell wie möglich aufgehoben werden. Aber auch bei den öffentlichen Krediten sollten die Laufzeiten in Zukunft normalisiert und die Steuerbegünstigungen abgebaut werden. Wenn allerdings von einer Vorzugsstellung des öffentlichen Kredits gegenüber den privaten Kreditsuchern gesprochen wird, so muß bedacht werden, daß die öffentliche Hand auch weiterhin ein sehr legitimes Kreditbedürfnis hat. Kommt es nicht zum Zuge, so müßte das zu einer gewaltsamen Einschränkung der öffentlichen Investitionen mit untragbaren Rückschlägen für die Gesamtwirtschaft führen. Es ist offensichtlich, daß die wichtigsten öffentlichen Investitionen — ich nenne nur die Gebiete des Verkehrs, der Energieversorgung und des sozialen Wohnungsbau — durch private Unternehmen schlechterdings nicht ersetzt werden können. (Zustimmung bei der SPD.)

Vier Millionen Wohnungen müssen gebaut werden

Meine Damen und Herren! Auf der Grenze zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik liegt das Gebiet des Wohnungsbaues. Er hat in der Regierungserklärung nur eine knappe Erwähnung gefunden. Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers lassen nicht erkennen, ob die Bundesregierung den Wohnungsbau seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Bedeutung entsprechend tatsächlich als eine der vordringlichsten Aufgaben ansieht, was er nach unserer Auffassung ist und bleiben muß.

Nach wie vor leben sehr viele Menschen in Behelfswohnungen, Kellerlöchern, Bunkern und Baracken. Unser Wohnungsbestand liegt trotz aller anerkanntswerten Anstrengungen in der Vergangenheit immer noch bei über 4 Millionen Wohnungen. Bei dieser Sachlage bleibt es unerfindlich, wie der neue Herr Wohnungsbauminister am Abend seiner Ernennung der Presse erklären konnte: „Ich werde mein Amt so führen, daß ich in vier Jahren vor das Parlament treten und ihm sagen kann, daß meine Aufgabe erledigt und mein Ministerium somit überflüssig geworden ist.“ (Bravo! rechts. — Lachen bei der SPD.) Meine Damen und Herren, das ist ein großes Wort, aber wir fürchten, ein äußerst vorzügliches. (Abg. Schoettle: Dieser Mut hat nicht lange vorgehalten!) Uns kann die Erklärung des Herrn Bundeswohnungsbau-ministers nur mit Besorgnis erfüllen. Wir haben nämlich die Sorge, daß der Boden des Ersten Wohnungsbaugesetzes — seinerzeit einstimmig beschlossen — mehr und mehr verlassen wird. Das heißt, es scheint die Absicht zu bestehen, den sozialen Woh-

nungsbau, also die gesetzlich verankerte Förderung des Wohnungsbaues für die breiten Schichten der Bevölkerung, wesentlich einzuschränken und die Richtsatzmiete weiterhin aufzulockern, wenn nicht gar aufzuheben.

Der Anfang zu dieser Entwicklung ist mit der Novelle zum Wohnungsbaugesetz gemacht worden. Solange die Wohnungsnot noch so groß ist, kann auf die Subventionierung des Wohnungsbaues und darf auf das sozialpolitische Regulativ der Richtsatzmieten nicht verzichtet werden. (Beifall bei der SPD.) Wir warnen hier vor Schlagworten und vor Experimenten. Nicht ein Abbau der Förderungs Mittel für den sozialen Wohnungsbau, sondern eine Verstärkung dieser Mittel ist nötig.

IN DER REGIERUNGSERKLÄRUNG ist die besondere Förderung des Baus von Eigenheimen und familiengerechten Wohnungen angekündigt worden. Wir Sozialdemokraten haben schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß wir für die Förderung der Kleinsiedlung und des Kleingeitens eintreten. Wir haben im ersten Bundestag bei der Beratung der Wohnungsbaunovelle wiederholt beantragt, die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für einen verstärkten Eigenheimbau zu schaffen. Wir sind damit nicht durchgedrungen. (Hört! Hört! bei der SPD.) Auch künftig wird die Sozialdemokratie dafür eintreten, daß in größtmöglichem Umfang Kleinsiedlungen und Kleingeitnisse gefördert werden. In diese Maßnahmen beziehen wir auch die Förderung des Wohnungseigentums ein.

Das Sozialprogramm der SPD vom Kanzler unterstrichen

Meine Damen und Herren, der Herr Bundeskanzler hat seine Regierungserklärung betont mit der Darstellung sozialpoli-

tischer Absicht eröffnet. Er hat ein umfassendes Sozialprogramm versprochen und damit die Notwendigkeit eines Sozial-



planes, wie wir Sozialdemokraten ihn ausgearbeitet haben, unterstrichen. Wir halten es aber für notwendig, daß das Problem einer sozialen Neuordnung auf der Basis unbestechlicher, objektiver Untersuchungen geprüft wird. Wir fordern daher erneut die Bildung einer öffentlichen Studienkommission, so wie sie in anderen Ländern mit großem Erfolg gearbeitet haben. (Zustimmung bei der SPD.) Nur eine solche unabhängige Studienkommission entspricht der Größe der Aufgabe.

Der Herr Bundeskanzler hat die heutigen sozialen Leistungen als unzureichend bezeichnet und damit unsere früheren Behauptungen bestätigt. (Lachen in der Mitte.) Leider sind seine positiven Vorschläge sehr wenig konkret. Es kommt aber darauf an, der Not unzähliger Rentner Rechnung zu tragen und das Rentenniveau endlich energisch zu heben. (Sehr richtig! bei der SPD.) Wir erinnern uns noch sehr gut der Wahlversprechungen des Herrn Storch, die Renten müßten zwei Drittel des letzten Arbeitseinkommens erreichen. (Hört! Hört! bei der SPD.) Aber die Bundesregierung sollte nun endlich auch dem Bedürfnis nach einer Alterssicherung und einer sozialen Sicherung vieler Selbständiger, wie Handwerker und Bauern, und der großen Zahl freiberuflich Schaffender entsprechen.

Der Herr Bundeskanzler — lassen Sie mich in diesem Zusammenhang diese Bemerkung noch machen — hat ferner darauf hingewiesen, daß sich der Aufwand für soziale Zwecke seit 1949 verdoppelt habe. Dieses Spiel mit Zahlen erleben wir nun

Das sozialpolitische Loch in der Regierungserklärung

WIR ALLE teilen die Freude über unsere heimgekehrten Kriegsgefangenen. Wir alle haben den ersten Vorsitz, in der vor uns liegenden Zeit alles in unserer Kraft Stehende zu tun, um die noch nicht heimgekehrten Gefangenen endlich wieder mit

seit vier Jahren. Der Herr Bundeskanzler hat vergessen, zu erwähnen, daß der überwiegende Teil dieser Neuausgaben aus Beiträgen vom Lohnkonto der Versicherten stammt (Sehr richtig! bei der SPD) und insofern nicht als Leistung der Bundesregierung angesprochen werden kann. (Abg. Arnßen: Der Wirtschaft!) Es wird auch übersehen, daß die Rentenerhöhungen, gerade soweit sie durch eine Vermehrung der Bundeszuschüsse erfolgten, notwendig wurden, um die Teuerung, die die soziale Marktwirtschaft des Herrn Erhard mit sich brachte, für die Sozialrentner einigermaßen auszugleichen. (Zustimmung bei der SPD.)

Wir wenden uns schließlich auch dagegen, daß der Herr Bundeskanzler wiederum versucht hat, auch die Pensionen der 131er einschließlich der ehemaligen Soldaten als soziale Leistungen des Bundes hinzustellen, obwohl es sich doch um ausgesprochene Arbeitgeberverpflichtungen des Staates handelt. (Zustimmung bei der SPD.) Wir fordern, daß die Vergleiche im Haushalt und die Haushaltsübersichten selbst klar die eigentlichen Sozialleistungen von den Kriegsfolgeleistungen trennen. Das heißt, wir wünschen Haushaltsübersichten, die wahr sind und nicht durch Verschleierungen falsche Eindrücke erwecken.

Der Herr Bundeskanzler ist uns auch eine klare Stellungnahme zur Kriegsoffiziersversorgung schuldig geblieben. Wir hätten im Interesse der Kriegsoffiziere gern gehört, daß die Bundesregierung endlich auch die Grundrenten, die im Jahre 1950 festgesetzt worden sind, dem veränderten Preisgefüge anzupassen gewillt ist.

ihren Familien zu vereinen. Aber wir sind bitter darüber enttäuscht, daß die Regierungserklärung, die unverzügliche Inkraftsetzung des noch vom letzten Bundestag beschlossenen Entschädigungsgesetzes für ehemalige deutsche Kriegsgefangene nicht

enthalten hat. Wir erwarten hier noch ein eindeutiges positives Wort des Herrn Bundeskanzlers. (Beifall bei der SPD.)

Die Zahl der arbeitslosen Spätheimkehrer ist mit 70 000 noch immer erschreckend groß. Die Wiedereingliederung dieser schwer geprüften Menschen in das wirtschaftliche Leben, die Hilfestellung bei der Existenz- und auch bei der Familiengründung muß weiterhin eine vordringliche Aufgabe des Gesetzgebers und aller verantwortlichen Verwaltungsstellen sein.

Im Rahmen der sozialen Probleme beschäftigt uns vor allem die Frage der Behebung der Jugendarbeitslosigkeit, die nach unserer Meinung heute eines der dringendsten Probleme ist. Arbeitsdienst und Wehrdienst sind kein Ersatz für Berufsausbildung und die damit verbundenen Lebenschancen. (Beifall bei der SPD. — Abg. Albers: Wer hat das denn behauptet?) Die Jugend hat ein verbürgtes Recht auf Arbeit und Ausbildung. (Sehr richtig! in der Mitte.) In der Industrie bestehen zweifellos noch erhebliche Ausweitungsmöglichkeiten für Lehr- und Arbeitsstellen. Sie

können im Zusammenwirken und unter größeren Anstrengungen der Bundesregierung nutzbar gemacht werden. Das ist um so wichtiger, als in absehbarer Zeit ein empfindlicher Mangel an Facharbeitern eintreten wird.

Dringend notwendig sind ein Berufsausbildungsgesetz und ein Jugendarbeitschutzgesetz, wie sie von der Sozialdemokratie bereits mehrfach im ersten Bundestag gefordert worden sind. Sie sind unerlässliche Voraussetzungen für die berufliche Ausbildung unserer jungen Generation und für ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung. In diesem Zusammenhang darf auch die Förderung des akademischen Nachwuchses nicht vergessen werden.

Die Demokratie fordert den denkenden Bürger. Die staatsbürgerliche Erziehung der jungen Generation ist eine Lebensfrage der Demokratie. Sie verlangt einen systematischen Ausbau von Bildungs- und Jugendpflegeeinrichtungen und -maßnahmen im Bund, in den Ländern und Gemeinden und in den freien Organisationen. Der Bundesjugendplan ist ein Anfang; er muß ausgebaut werden. (Sehr gut! bei der SPD.)

Die Wissenschaft braucht Freiheit und Förderung

Meine Damen und Herren, ein anderes Kapitel. Zur Förderung wissenschaftlicher Forschung und Lehre in der Bundesrepublik muß etwas Durchgreifendes geschehen. Am ehesten werden heute noch Mittel für naturwissenschaftliche Zweckforschung freigestellt, da hier der „Erfolg“ der Arbeit auch für den Laien in seiner Auswirkung auf dem Weg über die Technik und den wirtschaftlichen Ertrag sichtbar wird. Da Zweckforschung auf die Dauer nicht erfolgreich sein kann; wenn nicht auch die naturwissenschaftliche Grundforschung weitergeführt wird, wird mithin auch naturwissenschaftliche Grundforschung noch als sozusagen rentabel angesehen, und insofern sind neben der öffentlichen

Hand auch die interessierten Unternehmungen hier am ersten bereit, Mittel zur Verfügung zu stellen oder eigene Forschungsstätten zu errichten. Für die Geisteswissenschaften fallen diese Nützlichkeitserwägungen zum größten Teil fort, und es ist infolgedessen um ihre Förderung noch schlechter bestellt. Wir müssen daran festhalten, daß die Frage nach dem materiellen Nutzen sich grundsätzlich mit dem Wesen wissenschaftlicher Forschung überhaupt nicht verträglich. (Beifall bei der SPD.) Sie bedroht und zerstört das Ethos der Wissenschaft. Wenn man aber nun schon von der Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel ausgehen muß, so ist es falsch disponiert, wenn die Geistes- und

Sozialwissenschaften bei der Verteilung immer zu kurz kommen.

Im einzelnen fehlt es an Mitteln sowohl für personelle wie für sachliche Zwecke. Für zahlreiche Lehrstühle ist keine Neubesetzung möglich, weil die Wissenschaftler keine genügend ausgestatteten Institute vorfinden und für ihre Lebensbedürfnisse zu geringe Einkommen erhalten. Sie gehen also lieber in die Wirtschaft oder ins Ausland, wenn ihnen die Möglichkeit geboten wird. Für die wissenschaftlichen Nachwuchskräfte fehlen aber die nötigen Di-

ätendozenturen und Assistentenstellen. Man kann nicht erwarten, daß es in einem Beruf zur Norm wird, daß die Anwärter sich jahrelang durchhungern, ihre besten Kräfte in einem daneben nötigen Broterwerb verbrauchen und damit den wissenschaftlichen Erfolg selbst gefährden. Schließlich ist auch zu bemerken, daß die Förderung der Wissenschaft rationeller betrieben werden könnte, wenn nicht immer neue Institute und Forschungsstellen eingerichtet, sondern die bestehenden bestens ausgestattet und ausgenutzt würden.

Der Lastenausgleich reicht nicht aus

Meine Damen und Herren! Das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem bedarf nach wie vor der stärksten Aufmerksamkeit der Bundesregierung. Die Heimatvertriebenen stellen immer noch einen hohen Prozentsatz der Arbeitslosen dar, und ihr Anteil ist besonders groß in den Notstandsgebieten. Die Beschaffung von Dauerarbeitsplätzen muß Sonderarbeitsmaßnahme bleiben. Die Hilfe für die Eingliederung in den Arbeitsprozeß muß sich auf die Flüchtlinge aus der Sowjetzone erstrecken.

Das Wohnungsbauprogramm für Vertriebene und Flüchtlinge muß durch die Koordinierung aller Mittel stärker geplant und gelenkt werden, um den großen Notstand zu beseitigen, der dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Zahl der Notunter-

künfte und der Untermietwohnungen bei Vertriebenen und Flüchtlingen doppelt so hoch ist wie bei den Einheimischen.

Besondere Maßnahmen sind zur Förderung der Eingliederung der Mittelschichten notwendig. Für die Selbsthaftmachung der vertriebenen und geflüchteten Bauern ist die Zusammenfassung aller Mittel unter der Verantwortung des Bundes unerlässlich. Besonders unterstreichen möchte ich das Problem der Fürsorge und der Hilfe für die heimatvertriebene und geflüchtete Jugend. Die Schaffung der Voraussetzungen für ihre Berufsausbildung ist eine Lebensnotwendigkeit für eine gesunde Entwicklung dieser jungen Menschen, die vom Schicksal besonders schwer betroffen worden sind.

Familie und Staat

In dieses Kapitel des Verhältnisses zwischen staatlicher Gemeinschaft und dem einzelnen Bürger gehört auch das Problem der Familie. Die neue Regierung hat uns mit der Schaffung eines besonderen Ministeriums für Familienangelegenheiten überrascht. (Bravo! in der Mitte.) Wir haben noch keine klaren Vorstellungen darüber, wie dieses Ministerium angesichts der Ressourcenverteilung fruchtbar funktionieren kann, und wir haben Zweifel, ob das sehr

wichtige Problem der Förderung eines gesunden Familienlebens überhaupt durch die Schaffung eines speziellen Ministeriums gelöst werden kann. (Sehr wahr! bei der SPD.) Wir würden es sehr bedauern, wenn das Ministerium seine Aufgabe in erster Linie darin sehen würde, durch eine Art von moralischer Aufrüstung den Familiensinn zu stärken und die Familiengründung zu fördern. (Beifall bei der SPD.) Die Familie muß als ein wesentliches, ja, als ein

entscheidendes Element unseres Gemeinschaftslebens gefördert und geschützt werden. Die Ursachen der heutigen Krisenscheitlungen sind aber viel mehr gesellschaftlich als moralisch bedingt. (Erneuter Beifall bei der SPD.) Die Struktur der Gesellschaft und die Stellung der Frau, auch der verheirateten Frau, in der Gesellschaft und in der Familie haben sich geändert. Das erste Problem ist daher die Anerkennung der veränderten Stellung der Frau in der Gesellschaft durch Recht und Gesetz. (Zustimmung bei der SPD.) Wir reden heute soviel von Partnerschaft; realisieren wir sie zuerst in unserem persönlichen Bereich in bezug auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft und in der Ehe! (Beifall bei der SPD.) Die notwendigen Gesetze zur Ausführung der Bestimmung des Grundgesetzes über die Gleichberechtigung der Frau müssen unverzüglich beraten und verabschiedet werden.

Es geht dann um die Gefahr des Versuchs, Ehe und Familie durch eine gesetzliche Zurückentwicklung der Formen der Eheschließung zu stärken, wie es z. B. in dem Vorschlag unseres Kollegen, des Herrn Dr. Jaeger zum Ausdruck kommt. Ich will hier nicht mit Herrn Dr. Jaeger über seine katholische Grundauffassung in dieser Frage diskutieren; ich respektiere sie. Aber wir können nicht leugnen, daß hier Gefahren auftauchen, wenn der Versuch gemacht wird, in dieser Weise die Gesetzgebung zurückzuentwickeln.

Das nächste ist die Förderung der Familiengründung. Die Forderung nach den Kinderbeihilfen ist doch keine sozialpoli-

tische Forderung, sie ist eine staatspolitische Notwendigkeit. (Sehr richtig! bei der SPD.) Die Schaffung von Kinderergärten z. B. ist heute auch eine Konsequenz einer veränderten Lebensauffassung und nicht nur eine Hilfsmaßnahme für zur Erwerbsarbeit gezwungene Mütter. Das Wesentliche ist, daß wir durch das System der Kinderbeihilfen die Familiengründung und die Erziehung der Kinder bewußt und fühlbar fördern und erleichtern. (Sehr richtig! bei der SPD.) Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unseren Gesetzentwurf, der im 1. Bundestag durch die Schuld der Mehrheit in diesem Hause nicht verabschiedet wurde, (Sehr richtig! bei der SPD) den wir aber jetzt wieder von neuem einbringen werden.

Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht das schwierige Problem der Überalterung unserer Bevölkerung angeschnitten. Wir werden Mittel und Wege finden müssen, um auch den Älteren, die sich noch voll arbeitsfähig fühlen, eine sinnvolle Beschäftigung zu sichern. Aber das Wesentliche ist, daß wir eine junge Generation so stützen und fördern, daß sie die unvermeidlich größeren sozialen Verpflichtungen, die sich aus der Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters ergeben, mittragen kann, ohne auf die Gestaltung ihres eigenen Lebens verzichten zu müssen.

Schon diese wenigen Bemerkungen zeigen, daß es viel wichtiger ist, in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen die Förderung der Familie anzustreben, als ein besonderes Familienministerium zu schaffen. (Erneuter Beifall bei der SPD.)

Hilfe für Berlin ist eine Angelegenheit des Bundes

Ein besonderes Wort möchte ich auch der Stadt Berlin sagen. Der Herr Bundeskanzler hat hier die Erklärung abgegeben, daß Berlin sich auf die Bundesrepublik verlassen könne. Wir begrüßen diese Erklärung. Aber diese Erklärung verpflichtet,

und wir betrachten sie als Zustimmung zu dem Grundsatz, daß wir hier Berlin behandeln wollen, als sei es ein Teil der Bundesrepublik. (Beifall bei der SPD.) Das bedeutet, daß wir die Unterstützung von Berlin nicht nur im Rahmen eines Hilfs-

programms sehen, sondern als einen Bestandteil der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes. Der entscheidende Gesichtspunkt für diese Wirtschaftshilfe ist immer noch die größtmögliche Auftragserteilung aus der Bundesrepublik für die Berliner Wirtschaft, besonders auf dem Sektor der öffentlichen Aufträge. Wir bedauern in diesem Zusammenhang, daß wir von Herrn Dr. Bucarius als dem Bundesbeauftragten für die wirtschaftliche Förderung Berlins bisher noch keine Übersicht über den Erfolg seiner Maßnahmen erhalten haben. (Sehr wahr! bei der SPD.) Unsere Kenntnis der Dinge zeigt, daß hier kein befriedigendes Resultat erzielt worden ist. Wir sollen doch daran denken, daß eine planmäßige Wirtschaftspolitik in bezug auf Berlin gleichzeitig eine Entlastung finanzieller Art für den Bund darstellt.

Vor wenigen Tagen hat die Berliner Zentralbank festgestellt, daß die Berliner Leistungsbilanz ausgeglichener wäre und Berlin keiner auswärtigen Hilfe mehr bedürfen würde, wenn in Berlin im Verhältnis zu den Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik nicht mehr Menschen arbeitslos wären. Deutlicher können die Berliner Anstrengungen, den Wirtschaftsaufbau durch eigene Anstrengungen selbst vorwärtszutreiben, nicht gekennzeichnet werden, und deutlicher kann nicht gezeigt werden, daß sich die wirtschaftliche Förderung Berlins lohnt. Wir haben immer noch über 200 000 Arbeitslose in Berlin. Wir haben in Berlin wesentlich niedrigere Löhne und Gehälter. Meine Damen und Herren, hier müssen wir die Forderung nach einer ausreichenden Wirtschaftshilfe für Berlin zu einer der vordringlichsten machen. Wir wollen nicht mehr als die Anerkennung der These, die Herr Bundesfinanzminister Schäffer aufgestellt hat, daß jede in Berlin angelegte Mark besser verwendet ist als für irgendeinen anderen politischen oder militärischen Zweck der Bundesrepublik. (Beifall bei der SPD.) Wir hoffen, daß dieser Grundsatz nicht nur bei den Verhandlungen mit den Besatzungsmächten über die Anrechnung der Zuschüsse des Bundes für

Berlin auf den deutschen Verteidigungsbeitrag gilt. Ich will hier nicht auf weitere Einzelheiten eingehen; ich möchte nur noch einmal unterstreichen, daß wir gerade diese verstärkte Wirtschaftshilfe für Berlin als eine der vordringlichsten innenpolitischen Aufgabe der Wirtschaftspolitik unserer Bundesrepublik ansehen.

Dazu gehört auch das Kapitel der Betreuung der Zonengrenzgebiete. Sie gehören zu den Notstandsgebieten, von denen der Herr Bundeskanzler gesprochen hat, aber sie haben ihre besonderen Probleme; ich will sie hier nicht im einzelnen aufzählen. Aber diese Gebiete, die einen erheblichen Teil des Gebietes der Bundesrepublik ausmachen, sind besonders schwer durch die Kriegsfolgen und die Teilung Deutschlands betroffen worden.

Dazu kommt noch ein besonderes, im nationalpolitischen Sinn bedrohliches Element: die Konzentrierung wichtiger deutscher Industriezweige im Westen der Bundesrepublik mit der Folge eines Sogs von der Zonengrenze weg nach dem Westen. (Sehr wahr! bei der SPD.) Das ist ein bedenklicher wirtschaftspolitisch egoistischer Zug, dem die Bundesrepublik entgegenwirken muß. (Beifall bei der SPD.)

Die Förderung der Zonengrenzgebiete ist eine umfassende nationalpolitische Aufgabe, und hier hätte die Schaffung einer besonderen Stelle im Rahmen der Bundesregierung mehr Sinn gehabt als die Schaffung irgendeines anderen der neuen Ministerien. (Beifall bei der SPD.) Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kräftigung der Zonengrenzgebiete ist eine der wichtigsten konkreten und sichtbaren Leistungen, die die Bundesrepublik im Sinne der Wiedervereinigungspolitik vollbringen kann (Sehr wahr! bei der SPD); denn jedes Zeichen von wirtschaftlichem oder sozialem Niemandsland an der Zonengrenze wird von der anderen Seite als Zeichen eines mangelnden Willens zur Wiedervereinigung gewertet werden. (Beifall bei der SPD.) Das Zonengrenzgebiet ist wie Berlin der Prüfstein für die Ernsthaftigkeit unseres Willens zur Wiedervereinigung.

Kein Verzicht auf die Neuordnung der Besitzverhältnisse

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten haben uns bei der Stellungnahme zu dem innenpolitischen Programm der Bundesregierung leiten lassen von unserer unveränderten Grundeinstellung zu den Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in der Bundesrepublik. Weder die Politik der ersten Regierung noch die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 20. Oktober haben uns hier befriedigen können. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung weicht

der Forderung nach einer Neuordnung der Wirtschaft aus. Die Sozialdemokratie kann auf die Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien nicht verzichten. (Beifall bei der SPD.) Sie hält außerdem die Demokratisierung der Wirtschaft durch die gesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechts für eine unerläßliche Notwendigkeit für die Festigung der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik. (Zustimmung bei der SPD.)

Keine gemeinsame Außenpolitik mit Verleumdungen

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu dem letzten Kapitel meiner Darlegung, zu den Fragen der Außenpolitik. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Erklärung der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß in wichtigen außenpolitischen Fragen auch ein Zusammengehen zwischen Regierung und Opposition stattfinden. Auch wir Sozialdemokraten würden es begrüßen, wenn ein solches Zusammengehen in Zukunft möglich sein würde. Voraussetzung für jeden Erfolg eines solchen Versuchs ist der Wille, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten sachlich auszutragen.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede vom 20. Oktober leider an zwei Stellen der sozialdemokratischen Opposition Beweggründe und Absichten unterstellt, die sie in wichtigen außenpolitischen Fragen als national unzuverlässig erscheinen lassen kann. (Zuruf von der SPD: Pfui!) So hat der Herr Bundeskanzler behauptet, die Sozialdemokratie habe in einer Reihe mit den Kommunisten und anderen Gruppen sich den sogenannten Ohnmacht-Standpunkt gegenüber der Notwendigkeit der Verteidigung zu eigen gemacht. Diese Feststellung entspricht nicht den Tatsachen. (Beifall bei der SPD.)

Der Herr Bundeskanzler hat dann in einem anderen Zusammenhang die These aufgestellt, die Gegensätze zu den spezifischen Formen seiner Integrationspolitik, wie sie in der Montan-Union und in der EVG zum Ausdruck kommen, bedeute die Bereitschaft, auf die Freiheit zu verzichten und ganz Deutschland in die Hände der Sowjetunion zu geben. (Pfui-Rufe bei der SPD.) Meine Damen und Herren, diese Behauptung ist nicht mit den Tatsachen in Übereinstimmung zu bringen. (Lebhafter Beifall bei der SPD.) Ich finde, der Herr Bundeskanzler sollte sie auch nicht wiederholen, nachdem er selbst in den letzten Wochen verschiedene Varianten seiner Europapolitik zur Diskussion gestellt hat. (Erneuter Beifall bei der SPD.) Wir sind der Meinung — und damit möchte ich diese Bemerkung abschließen —, daß derartige Argumentationen unvereinbar sind mit dem Wunsch, mit der Opposition in wichtigen außenpolitischen Fragen ins Gesoräch zu kommen. (Wiederholter Beifall bei der SPD.)

Was nun die Möglichkeiten eines Zusammengehens selbst angeht, so kann man sagen, daß über dieses Problem auch in der Öffentlichkeit sehr viel diskutiert worden

ist. Ich glaube, es ist vor allem einmal notwendig, sich von vornherein über die Methoden einer solchen denkbaren Zusammenarbeit Klarheit zu verschaffen. Da möchte ich für meine Fraktion folgendes sagen. Die Voraussetzung für ein solches Zusammengehen ist die Bereitschaft der Regierung, die Opposition laufend und umfassend über die internationalen Vorgänge und über ihre Pläne und Aktionen zu informieren. (Sehr richtig! bei der SPD.) Das ist bisher nicht der Fall gewesen.

Mit einer solchen Regelung würde die Bundesregierung auch lediglich der Übung folgen, die in allen europäischen demokratischen Ländern, vor allem in Großbritannien und in den skandinavischen Ländern, und auch in den Vereinigten Staaten selbstverständlich ist. Darüber hinaus bedeutet aber das Zusammengehen von Regierung und Opposition auf außenpolitischem Gebiet auch die Mitarbeit der Opposition in internationalen Institutionen und Konferenzen, in denen die Bundesregierung mitarbeitet, wie es wiederum von anderen demokratischen Regierungen, vor allem auch von der amerikanischen, selbstverständlich praktiziert wird.

Wir haben in der Vergangenheit wiederholt Versuche für ein solches Zusammengehen gehabt. Ich will in diesem Augenblick nicht untersuchen, aus welchen Gründen

Wenn so, Herr Kanzler, dann ja

Als Voraussetzung für die Herstellung der völkerrechtlichen Unabhängigkeit der Bundesrepublik hat der Herr Bundeskanzler das Inkrafttreten des Generalvertrags bezeichnet. Die sozialdemokratische Opposition hat im ersten Deutschen Bundestag dem Generalvertrag ihre Zustimmung verweigert, weil dieser Vertrag an die Stelle des außer Kraft tretenden Besatzungsstatuts neue Bestimmungen setzt, die mit der Herstellung der völkerrechtlichen Unabhängigkeit der Bundesrepublik nicht zu vereinbaren sind. (Sehr richtig! bei der SPD.) Neben einer Reihe auch von

sie gescheitert sind. Aber ich möchte hier feststellen: die Zusammenarbeit muß jedenfalls am Beginn einer außerpolitischen Aktion versucht werden; denn sie wird immer scheitern, wenn von der Opposition nur die Anerkennung von vollendeten Tatsachen verlangt wird. (Lebhafter Beifall bei der SPD.) Wir stehen dem Herrn Bundeskanzler zu der von ihm vorgeschlagenen Aussprache zur Verfügung; aber dieser Versuch kann, glaube ich, nur erfolgreich sein, wenn die von mir genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Der Herr Bundeskanzler hat dann als die zentralen Probleme der Außenpolitik der Bundesrepublik bezeichnet:

- 1 Die Herstellung ihrer eigenen Unabhängigkeit.
- 2 Die Wiedervereinigung Deutschlands.
- 3 Den Zusammenschluß des freien Europas
- 4 Die Integration Deutschlands in die europäische Gemeinschaft.

Auch wir sind der Auffassung, daß damit die zentralen Probleme der Außenpolitik der Bundesrepublik gekennzeichnet sind. So bleibt die Frage nach den Methoden, mit denen diese Probleme gelöst werden sollen.

der Opposition nicht bestrittener positiver Bestimmungen enthält dieser Vertrag, besonders in den Notstandsklauseln und in den Vorbehaltrechten der Besatzungsmächte, Bestimmungen, die eine Fortsetzung der bisher im Besatzungsstatut einseitig gesetzten und gehandhabten Besatzungsrechte darstellen. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Außerdem ist das Inkrafttreten dieses Vertrags an das Inkrafttreten des Vertrags über die EVG gebunden. Wenn der Herr Bundeskanzler jetzt die Absicht

hat, auf die drei westlichen Besatzungsmächte einzuwirken, damit sie der Bundesrepublik endlich den Status der völkerrechtlichen Unabhängigkeit zuteil werden lassen, so kann er in diesem Punkte der Unterstützung der Opposition sicher sein. Die Opposition setzt sich vorbehaltlos für die Aufhebung des Besatzungsstatuts, für die Auflösung des Junktims, zwischen Ge-

neral- und EVG-Vertrag und für vertragliche Abmachungen mit den Regierungen der Besatzungsmächte ein, durch die auf der einen Seite der Status völkerrechtlicher Unabhängigkeit der Bundesrepublik gesichert und auf der anderen Seite den aus der Spaltung Deutschlands resultierenden besonderen Verhältnissen Rechnung gettangen wird.

Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln

Als das oberste Ziel der Bundesregierung hat der Herr Bundeskanzler die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bezeichnet. Nach der Auffassung der Opposition handelt es sich bei diesem Ziel um die vordringlichste Forderung des ganzen deutschen Volkes. (Beifall bei der SPD.)

Wir Sozialdemokraten erblicken in der Note der drei westlichen Besatzungsmächte vom 19. Oktober an die Sowjetregierung den ernsthaften Versuch, die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands endlich ernsthaft am Verhandlungstisch und unter Zuhilfenahme der Mittel der Diplomatie zu prüfen und zu erörtern, statt sie weiter Gegenstand eines fruchtlosen Notenkrieges sein zu lassen. Mit dieser Note ist endlich deutlich gemacht worden, daß die drei westlichen Besatzungsmächte nicht die Absicht haben, den Eintritt in Viermächteverhandlungen von der vorherigen Anerkennung der Verhandlungsziele und von der Annahme einer eng begrenzten Tagesordnung abhängig zu machen. Es scheint uns die Aufgabe der Bundesregierung zu sein, gerade in der gegenwärtigen sehr kritischen internationalen Situation das Zustandekommen einer Viermächtekonferenz auf dieser Basis zu fördern.

Probleme, die es zu lösen gilt

In die Außenpolitik ist aber seit unserer letzten außenpolitischen Debatte im Sommer in diesem Haus ein anderes wichtiges

Element gekommen. Wir haben nicht nur die Diskussion über die Möglichkeit einer Viermächtekonferenz über Deutschland, son-

dern es gibt ernsthafte Gespräche über eine internationale Konferenz mit dem Zweck, eine globale Lösung zur Entspannung der internationalen Lage zu suchen. Auch die amerikanische Regierung hält heute einen solchen Versuch für wünschenswert und nützlich. Auf einer solchen Konferenz wird das deutsche Problem eines von vielen sein. Wir sind der Meinung, hier ergibt sich die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß auch auf dieser Konferenz die Lebensinteressen des deutschen Volkes zur Geltung kommen. Der Herr Bundeskanzler hat zwar auch noch in seiner Regierungserklärung die Integrierung der Bundesrepublik zum Kernstück seiner außenpolitischen Betrachtungen gemacht, aber es ist doch klar, daß die Frage des zukünftigen Status Deutschlands im Verhältnis zu allen seinen Nachbarn heute mehr in den Vordergrund der Diskussion gerückt ist.

Nachdem der Herr Bundeskanzler selbst die Frage nach dem Sicherheitsbedürfnis

Eine Lösung

Wesentlich ist, daß die Sowjetunion, wie man weiß, die Integration der Bundesrepublik oder gar eines späteren geeinten Deutschlands im Sinne des EVG-Vertrages nicht akzeptieren wird. Die Frage der deutschen Politik ist daher auch: gibt es einen anderen Weg, den Deutschland gemeinsam mit den Westmächten akzeptieren kann, um Deutschlands Position als eines Teils des Westens zu behaupten und gleichzeitig das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion zu befriedigen? Es ist offensichtlich so, wie die Dinge sich entwickelt haben, daß dieses Ziel im Wege einer europäischen Lösung nicht mehr erreicht werden kann. Ich bitte daher einmal zu überlegen, ob nicht die Mitgliedschaft eines freien und vereinigten Deutschlands in den Vereinten Nationen eine bessere Basis für die Lösung dieser Lebensfrage bilden könnte. (Sehr gut! bei der SPD.) Sie müßte als Teil der Vereinbarungen der vier Mächte über Deutschland festgelegt werden, um ein Veto zu verhindern. Sie würde aber

der Sowjetunion in die Debatte geworfen hat, sind wir wohl davor geschützt, daß uns eine sachliche Untersuchung dieses Problems den Vorwurf einbringt, der Sowjetpolitik Vorschub zu leisten. (Sehr gut! bei der SPD.) Wir möchten davor warnen, den Versuch fortzusetzen, den EVG-Vertrag als eine Sicherheitsgarantie gegenüber einer möglichen zukünftigen aggressiven deutschen Politik der Sowjetunion anzupreisen. (Sehr richtig! bei der SPD.) Meine Damen und Herren, der Vertrag war gedacht und er ist uns auch hier immer wieder angepriesen worden als die Form, in der die Bundesrepublik den bestmöglichen militärischen Beitrag zur Verteidigung der freien Welt leisten sollte, und ich fürchte, wenn wir mit dieser neuen Argumentation weitergehen, daß dann sehr ernsthafte Interessen des deutschen Volkes bei zukünftigen Verhandlungen in Gefahr kommen können. (Beifall bei der SPD.)

dem deutschen Volk dieselben Möglichkeiten der Sicherheit gewähren, die jedes Mitglied der Vereinten Nationen genießt, und sie würde auf der anderen Seite jedem Mitglied der Vereinten Nationen entsprechende Sicherungen vor einer möglichen deutschen Aggression bieten. (Sehr richtig! bei der SPD.) Die Frage des militärischen Status Deutschlands als Mitglied der Vereinten Nationen könnte dann im Lichte dieser neuen Situation untersucht werden. Meine Damen und Herren, das es unser gemeinsames Ziel ist, wie Sie sagen, die internationale Lage zu entspannen und den Frieden zu sichern, scheint es mir wert, diese Lösungsmöglichkeit ernsthaft zu untersuchen. Es gibt auch hier Probleme, aber wir sollten sie prüfen und die deutsche Politik nicht mit den Auseinandersetzungen darüber belasten, ob auf diese oder jene Weise, sozusagen totsicher, die deutsche Wiedervereinigung und die Sicherheit für das deutsche Volk zu erreichen sind.

Schutz den 18 Millionen in der Sowjetzone

In der Zwischenzeit bleibt uns die Aufgabe, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um die Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Sowjetzone und der der Bundesrepublik so eng und so normal als möglich zu gestalten. (Beifall bei der SPD.) Wir haben eine große und dringende Verpflichtung gegenüber den Kämpfern des 17. Juni (Lebhafte Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten in der Mitte.) Die Opfer der Gewaltherrschaft brauchen unser aller tätige Hilfe. Wir müssen über den Protest gegen den Terror hinaus nach Wegen suchen, um den von Repressalien Bedrohten, den Gefangenen und Deportierten die Anteilnahme und, wenn möglich, den Schutz der freien Menschen zugute kommen zu lassen. (Erneuter Beifall bei der SPD.) Alles, was wir tun können, um die materielle Lage der Menschen in der Sowjetzone zu erleichtern und ihnen das Bewußtsein der unlösbaren Verbundenheit zu geben, sollten wir tun. Wir sind der Auffassung, daß die Bundesregierung kraft eigener Initiative in dieser Richtung einige wesentliche Schritte tun sollte mit dem Ziel, den Verkehr von Personen und Gütern über die Zonengrenze zu vermehren

und freier zu gestalten. (Beifall bei der SPD.) Die Bundesregierung sollte die Hohen Kommissare der drei Westmächte bitten, in Erwiderung auf die Erklärung des sowjetischen Hohen Kommissars über den Interzonenpaß in aller Form zu erklären, daß die Westmächte bereit sind, auf den Interzonenpaß zu verzichten, wenn die Sowjetregierung das gleiche tut. Die Erledigung der dann noch notwendigen technischen Prozeduren wäre dann Aufgabe der deutschen Behörden. Bis zu dieser Regelung sollte die Bundesregierung hier auf unserem Gebiet alles tun, um den Reiseverkehr zu erleichtern. Die Vorschriften über die Einholung einer besonderen Aufenthaltserlaubnis sollten aufgehoben werden. (Sehr richtig! bei der SPD.) Man sollte auch nach einem Weg suchen, um minderbemittelten Bewohnern der Sowjetzone, die die Bundesrepublik besuchen, die Bezahlung der Rückreise in ihre Heimat in Ostmark zu ermöglichen. (Sehr gut! bei der SPD.) Wir sind der Meinung, daß es nützlich ist, diese und ähnliche Vorschläge ernsthaft zu prüfen und möglichst bald zur Durchführung zu bringen.

Europäische Zusammenarbeit, aber ohne Vorrechte der Sieger

Auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit bekennt sich die Sozialdemokratie zu einer so eng wie möglichen Zusammenarbeit mit der denkbar größten Zahl europäischer Länder. Die Meinungsverschiedenheiten, die es hinsichtlich der konkreten Schritte zu europäischer Zusammenarbeit gegeben hat, hatten ihre Ursache darin, daß die Sozialdemokratie die Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit nicht belastet sehen will durch die Übertragung von Sieger- und Besatzungsmachtvorrechten auf die europäische Gemeinschaft. (Beifall bei der SPD.) Deshalb betrachtet sie es als die Aufgabe

der Opposition, der Tendenz entgegenzuwirken, die in Deutschland durch Besatzungsrecht geschaffene Verhältnisse als Ausgangsgrundlage für Verträge über die europäische Zusammenarbeit zu nehmen. Wir erachten es weiterhin als unsere Aufgabe, einer Politik entgegenzuwirken, europäische Gemeinschaften auf der Grundlage von Verträgen zu errichten, die der elementaren deutschen Verpflichtung zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands keine Chance zur Verwirklichung lassen und somit der Verhärtung des Zustands der Spaltung Deutschlands Vorschub leisten.

Ebensowenig wie eine wünschenswerte umfassende europäische Gemeinschaft sich selbst zu genügen vermöchte, sondern auf weltweite Zusammenarbeit und Verpflichtung angewiesen wäre, können die bisherigen Ansätze europäischer Gemeinschaften, die nur Teile des europäischen Kontinents umfassen, sich selbst genügen — um so weniger, als sie ja lediglich Teilintegrationen der Wirtschaft in einem begrenzten Teil Europas darstellen. Auf Grund der Erfahrungen, die bisher mit der Montan-Union zu machen waren, kann niemand an der Feststellung vorbei, daß solche Teilintegrationen die Gefahr in sich tragen,

Wir haben recht behalten!

Die Sozialdemokratie hat seinerzeit ihre Einwände gegen die Konstruktion der Montan-Union dargelegt. Sie sind durch die Ereignisse nicht widerlegt worden. Wir sind damals unterlegen. Die Mehrheit hat sich für die Annahme des Vertrages ausgesprochen. Inzwischen haben alle Seiten Erfahrungen sammeln können. Wir würden es begrüßen, wenn auf Grund dieser Erfahrungen der zweite Bundestag und die Bundesregierung nach Kräften versuchten, auf die Entwicklung der Montan-Union und ihrer Wirksamkeit einzuwirken, damit erstens die Beziehungen der Montan-Union zu Nichtmitgliedstaaten so vielfältig und so lebendig wie möglich gestaltet werden und zweitens die Investitionspolitik der Hohen Behörde und die konjunkturfördernden und -belebenden Maßnahmen der Organe der Montan-Union

Das Saargebiet ist deutsch!

Meine Damen und Herren! Ich kann diese Übersicht über die außenpolitischen Probleme nicht abschließen, ohne noch ein Wort über das Schicksal des Saargebietes zu sagen. Der Herr Bundeskanzler hat sehr vorsichtig der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch in der Saarfrage im Geist der europäischen Zusammenarbeit eine annehmbare Regelung gefunden wird. Diese

die Volkswirtschaften zu desintegrieren. Welche Folgen sich daraus für unser Land mit seiger durch die Spaltung zerrissenen Volkswirtschaft ergeben, liegt auf der Hand. Es ist klar, daß wir ganz besonders achtsam sein müssen, um nicht eine zusätzliche Desintegration unserer eigenen Volkswirtschaft zu fördern. Im Hinblick auf die Gebiete entlang der Zonengrenze, aber auch im Hinblick auf die industriellen Zusammenhänge im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und ihre Verflechtung mit der übrigen deutschen Wirtschaft bedarf es dabei großer Aufmerksamkeit. (Sehr richtig! bei der SPD.)

unter Berücksichtigung des besonderen, durch Kriegszerstörungen und Demontagen bedingten deutschen Nachholbedarfs geführt wird. Wir haben die Hoffnung, daß es bei sorgsamem Vorgehen möglich sein dürfte, gewisse positive Ergebnisse in jeder der beiden Beziehungen zu erreichen. Ich verweise hier auf den Beschluß der Gemeinsamen Versammlung zum ersten Bericht der Hohen Behörde, in dem ausdrücklich solche Möglichkeiten und Zwischenlösungen erwähnt werden. Wir würden es für nützlich halten, die deutschen Kräfte auf solche Punkte konkreter europäischer Zusammenarbeit zu konzentrieren. Ich glaube, daß hier mehr Aussicht auf Erfolg liegt als in den komplizierten Versuchen zur Schaffung einer sogenannten politischen Gemeinschaft. (Sehr gut! bei der SPD.)

Erklärung befriedigt uns in keiner Weise. (Sehr richtig! bei der SPD.) Wir möchten wissen, auf welcher Basis die Bundesregierung die Besprechungen mit der französischen Regierung zu führen gedenkt. Wir erinnern an den einstimmigen Beschluß des ersten Bundestages vom Juli dieses Jahres, und wir meinen, daß nur er die Grundlage von Verhandlungen auf deutscher Seite

sein kann. Wir hätten ferner gewünscht, daß die Bundesregierung Schritte unternehmen hätte; um gegen die Ausbürgerung der beiden Mitglieder dieses Hohen Hauses, die aus dem Saargebiet stammen, durch die Behörden im Saargebiet zu protestieren, (Zustimmung bei der SPD) um so mehr, als diese Ausbürgerungen auch auf die Familien unserer beiden Kollegen ausgedehnt worden sind. (Hört! Hört! bei der SPD.) Derartige Maßnahmen waren bisher nur in totalitären Ländern üblich.

Die Lage wird noch weiter dadurch kompliziert, daß der französische Außenminister Bidault vor wenigen Tagen noch einmal erklärt hat, daß die Regelung der Saarfrage eine Voraussetzung für die Ratifizierung des EVG-Vertrages durch das französische Parlament ist. Wir Sozialdemokraten sind nach wie vor der Meinung, daß die Sanktionierung des jetzigen Regimes an der Saar unter dem Begriff einer Europäisierung keine für Deutschland annehmbare Lösung ist. (Beifall bei der SPD und bei einzelnen Abgeordneten rechts).

Kein Vertrauen zu Adenauer

Meine Damen und Herren, ich bin am Schluß. Wir stehen nach der Bildung der neuen Regierung am Anfang der Arbeiten des zweiten Deutschen Bundestages. Die Sozialdemokratie kann aus den Gründen, die ich hier im Namen meiner Fraktion dargelegt habe, weder der Regierung das Vertrauen aussprechen noch der von ihr in der Regierungserklärung vertretenen Politik ihre Zustimmung geben.

Wir sind bereit, uns durch Taten überzeugen und durch Erfahrungen belehren zu lassen, daß unsere Einwände und Befürchtungen unbegründet sind. Wir wünschen aber auch klarzustellen, daß wir den Auftrag, den uns die acht Millionen Frauen und Männer am 6. September durch ihr Bekenntnis zum sozialdemokratischen Programm übertragen haben, hier sachlich, entschieden und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln der parlamentarischen Demokratie vertreten werden.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD.)

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Demokratisch denken und handeln	5
Die Jungwähler wählten sozialdemokratisch	5
Wir sind bereit	6
Die Opposition ist Bestandteil der Demokratie	6
Hier Bundes- . . . dort Landespolitik	7
Berlin und Hamburg -- warnende Zeichen?	7
Wir dürfen hoffen	8
Im Mittelpunkt allen Geschehens steht der Mensch	8
Die Sorge über autoritäre Tendenzen	9
Keine Aufgaben für die vielen Minister	10
Sechs zuviel -- und einer zu wenig	10
Für ein Leben OHNE Furcht und Not	11
Sicherung des Wettbewerbs	11
Das Aktionsprogramm von Dortmund und seine Gegner	12
Kein Wort über das Kartellgesetz	13
Widerspruch in der Koalition	13
Die öffentliche Wirtschaft ist notwendig	14
Neubau der Verkehrswirtschaft	15
Grund und Boden den Bauern	16
Hilfe dem Kleinen und mittleren Privateigentum	17
Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht isolieren	17
Wir verlangen die große Steuerreform	18
Vier Millionen Wohnungen müssen gebaut werden	19
Das Sozialprogramm der SPD vom Kanzler unterstrichen	19
Das sozialpolitische Loch in der Regierungserklärung	20
Die Wissenschaft braucht Freiheit und Förderung	21
Der Lastenausgleich reicht nicht aus	22
Familie und Staat	22
Hilfe für Berlin ist eine Angelegenheit des Bundes	23
Kein Verzicht auf die Neuordnung der Besitzverhältnisse	25
Keine gemeinsame Außenpolitik mit Verleumdungen	25
Wenn so Herr Kanzler . . . dann ja	26
Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln	27
Probleme, die es zu lösen gilt	27
Eine Lösung	29
Schutz den 18 Millionen in der Sowjetzone	29
Europäische Zusammenarbeit, aber ohne Vorrechte der Sieger	29
Wir haben recht behalten!	30
Das Saargebiet ist deutsch!	30
Kein Vertrauen zu Adenauer!	31